



Medienkonferenz «Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Sozialhilfe» vom
Donnerstag, 20. Mai 2021

REFERAT VON GEMEINDERÄTIN FRANZISKA TEUSCHER, DIREKTORIN FÜR
BILDUNG, SOZIALES UND SPORT

Es gilt das gesprochene Wort

Werte Medienschaffende, liebe Anwesende

Die Corona-Pandemie trifft viele Menschen hart und die Existenzängste haben zugenommen. Die soziale Sicherheit in der Schweiz wird auf eine heftige Probe gestellt. Die Pandemie zeigt uns, wie tragfähig unser Sozialsystem ist. Vorgelagerte Leistungen konnten bisher noch verhindern, dass die Zahlen in der Sozialhilfe massiv angestiegen sind. Dies sind gute Nachrichten.

Es gibt jedoch eine Kehrseite. Die Pandemie fördert Armut und es werden Lücken im System sichtbar. Viele Menschen haben ihre Arbeit verloren, arbeiten in Kurzarbeit und leiden unter Einkommensverlusten. Besonders betroffen sind Personen, welche bereits vorher mit wenig Mitteln auskommen mussten. Einige von ihnen erhalten wenig oder keinen Schutz durch Sozialversicherungen. Die privaten Reserven sind aufgebraucht und die Betroffenen befinden sich in einer existenziellen Notlage. Obwohl das Geld für Essen, Miete und Krankenkasse fehlt, verzichten diese Personen oft auf eine Anmeldung beim Sozialdienst. Sie suchen stattdessen Unterstützung bei privaten und kirchlichen Stellen, bei Abgabestellen für kostenlose Lebensmittel und Mahlzeiten oder sie schlagen sich sonst irgendwie durch. Hilfsangebote, unter anderem für Obdachlose, Sexarbeiter*innen oder Sans-Papiers sind überlastet. Die Nachfrage bei diesen Stellen war noch nie so gross wie heute.

Eine solch massive Verschiebung zu privaten und kirchlichen Stellen darf im Grund der Dinge nicht sein: Die staatliche Sozialhilfe ist das wichtigste soziale Netz, gerade in einer Krisensituation. Sozialhilfe ist vorbehaltlose Unterstützung und Solidarität. Jeder

und jede in Not hat Anspruch auf Sozialhilfe und soll dieses Recht selbstbewusst einfordern, ohne Scham, ohne Entschuldigung, ohne Rechtfertigung, ohne Zurückhaltung!

Unsere Botschaft ist: Wir lassen Menschen in Not nicht fallen. Durch die Corona-Pandemie haben viele Menschen unverschuldet ihre Arbeit verloren und sind in existenzielle Not geraten. Da muss die Stadt Bern jetzt unterstützen. So wie wir das für die Wirtschaft über die Mietzinshilfe machen. Ich will alles daransetzen, dass Menschen in Not wissen, wo sie bei uns Unterstützung beantragen können.

Der Gemeinderat der Stadt Bern war bereits im vergangenen Juli besorgt darüber, dass viele armutsgefährdete oder armutsbetroffene Einwohnerinnen und Einwohner das Sozialamt meiden und auf Hilfe verzichten. Dies oft, um den Aufenthaltsstatus nicht zu gefährden. Der Gemeinderat ist klar der Meinung, dass der Bezug von Sozialhilfe wegen Corona bei ausländerrechtlichen Gesuchsprüfungen nicht zu einem Nachteil führen darf. Deshalb werden in der Stadt Bern sorgfältige Einzelfallprüfungen vorgenommen, um Härtefälle zu vermeiden. Leider ist diese Botschaft noch viel zu wenig in der Bevölkerung angekommen. Das müssen wir ändern.

Um den Dialog zur Armutsentwicklung wegen Corona in der Stadt Bern zu führen und Lösungen für die Bewältigung der Krise zu finden, hat die Direktion für Bildung, Soziales und Sport den runden Tisch «Corona und Armut» ins Leben gerufen. Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Institutionen, Hilfsorganisationen und behördlichen Stellen setzen sich mit den Auswirkungen der Pandemie auseinander. Das Gremium arbeitet Massnahmen aus, die dazu beitragen, die Folgen für sozial Benachteiligte zu lindern.

Mit Besorgnis blicken wir auf die aktuelle Situation und in die Zukunft. Das Sozialsystem hat Lücken und ein Anstieg der Zahlen in der Sozialhilfe wird erwartet. Diesem Umstand muss Rechnung getragen werden, in der reichen Schweiz soll und darf niemand durch die Maschen fallen. Bern ist eine Stadt für alle, die Armutsbekämpfung hat oberste Priorität. Hier hat der Gemeinderat bereits im Februar angesetzt mit der Abgabe von Einkaufsgutscheinen und Lebensmitteln, um die schlimmste Not bei Betroffenen zu lindern.

Es muss gelingen, dass Personen, die einen Anspruch auf Sozialhilfe haben, dieses Recht auch tatsächlich nutzen – ohne Angst und ohne Scheu. Die Informationskampagne, welche wir heute vorstellen, wurde durch den runden Tisch «Corona und Armut» ange-

stossen. Sie soll helfen, Lücken zu schliessen und dem Verzicht auf eine Anmeldung beim Sozialdienst entgegenwirken.

Die Leiterin des Sozialamts, Claudia Hänzi, wird nun näher auf die Hintergründe des Nichtbezugs von Sozialhilfe und auf die Informationskampagne eingehen.

Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit!